

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen,

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Chancengleichheitsförderungsgesetzes - Ausbau und Förderung von Einrichtungen und Angeboten des Gewaltschutzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/8244 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Kommunales Frauenreferat der Landeshauptstadt Wiesbaden Lokale Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention</td> <td>Kommunalverwaltung</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Dienstadresse</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Schlossplatz 6</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>65183 Wiesbaden</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Kommunales Frauenreferat der Landeshauptstadt Wiesbaden Lokale Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention	Kommunalverwaltung	Geschäfts- oder Dienstadresse	Dienstadresse	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schlossplatz 6	Postleitzahl, Ort	65183 Wiesbaden
Name	Organisationsform										
Kommunales Frauenreferat der Landeshauptstadt Wiesbaden Lokale Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention	Kommunalverwaltung										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Dienstadresse										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schlossplatz 6										
Postleitzahl, Ort	65183 Wiesbaden										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Sozialwissenschaftlerin mit Schwerpunkt geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Mädchen und Frauen; Fachreferentin für die lokale Umsetzung der Istanbul-Konvention	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Insgesamt wird der Gesetzesentwurf in seiner Intention außerordentlich begrüßt. An einigen Stellen wird empfohlen bei Begrifflichkeiten nachzubessern. Darüber hinaus wird die Notwendigkeit gesehen einzelne wichtige Bestandteile der Istanbul-Konvention zu berücksichtigen, insbesondere in Bezug auf die Prävention von Gewalt und die Entwicklung einer koordinierten Gesamtstrategie. Darüber hinaus wird empfohlen einige Aspekte inhaltlich mehr zu unterfüttern und differenziertere Aussagen zu den Erwartungen an die Kommunen und die Schutzeinrichtungen zu formulieren und für ein ausdifferenziertes spezialisiertes Hilfesystem plädiert.	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Wiesbaden, den 25. August 2023	